

A1

Antrag

Initiator*innen: KGSE Elmshorn

Titel: Zusammenarbeit mit der AfD

Antragstext

1 Die Landesschüler*innenvertretung der Gemeinschaftsschulen bekennt sich zu den
2 Grundwerten der Demokratie, der Vielfalt, der Menschenwürde und des
3 respektvollen Miteinanders. Als Vertretung der Schülerinnen setzen wir uns für
4 eine offene, inklusive und diskriminierungsfreie Gesellschaft ein.

5 Vor diesem Hintergrund beschließt die Landesschüler*innenvertretung, jegliche
6 Zusammenarbeit oder den Kontakt mit der politischen Partei Alternative für
7 Deutschland (AfD) auszuschließen, aber die Entscheidungen für Ausnahmen dem
8 Landesvorstand zu überlassen. Dies umfasst insbesondere, aber nicht
9 ausschließlich:

10 • die Teilnahme von Vertreterinnen der AfD an Veranstaltungen, Diskussionsrunden
11 oder sonstigen Formaten der Landesschülerinnenvertretung,

12 • offizielle Treffen, Gespräche oder sonstige Kooperationen mit
13 Funktionsträger*innen der AfD oder ihrer Jugendorganisation,

14 • die Unterstützung oder Verbreitung von Positionen, die im Widerspruch zu den
15 demokratischen und menschenrechtlichen Grundwerten unserer Schülerschaft stehen.

Begründung

Die Landesschülerinnenvertretung der Gemeinschaftsschulen versteht sich als demokratische
Interessenvertretung aller Schülerinnen und bekennt sich ausdrücklich zu den Grundwerten der Demokratie,

der Vielfalt, der Menschenwürde und des respektvollen Miteinanders. Diese Werte sind die Grundlage unseres Engagements für eine offene, inklusive und diskriminierungsfreie Gesellschaft.

Die Alternative für Deutschland (AfD) vertritt jedoch wiederholt Positionen, die im Widerspruch zu diesen Grundwerten stehen. In zahlreichen öffentlichen Äußerungen, Programmen und politischen Initiativen wurden menschenfeindliche, diskriminierende und antidemokratische Positionen deutlich. Dazu zählen insbesondere Angriffe auf die Menschenwürde von Minderheiten, die Ablehnung einer offenen und vielfältigen Gesellschaft sowie eine bewusst spalterische Rhetorik, die einem respektvollen und sachlichen demokratischen Diskurs entgegensteht.

Als Landeschülerinnenvertretung haben wir die Verantwortung, uns klar gegen solche Tendenzen zu positionieren und ein Umfeld zu schaffen, in dem sich alle Schülerinnen unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht oder Weltanschauung sicher und respektiert fühlen. Die Zusammenarbeit mit einer Partei, die in Teilen vom Verfassungsschutz beobachtet wird und deren Vertreter*innen immer wieder demokratische Grundprinzipien infrage stellen, würde diesen Anspruch konterkarieren.

Darüber hinaus zeigt die Erfahrung, dass Diskussionen mit der AfD oft nicht mehr sachlich über das eigentliche Thema geführt werden, sondern sich stattdessen um die Partei selbst drehen. Dies führt dazu, dass die Debatte nicht von unterschiedlichen Perspektiven zu einem Sachthema, sondern von der Rechtfertigung der AfD-Positionen dominiert wird. Dadurch wird keine echte Multiperspektivität gefördert, sondern die konstruktive Auseinandersetzung mit demokratischen Lösungsansätzen erschwert.